



Energiewende-Barometer 2023 der IHK-Organisation

Unternehmensumfrage zur Umsetzung der Energiewende

 **Gemeinsam Mehr Strom Partnerschaft**

Impressum

Energiewende-Barometer 2023 der IHK-Organisation – Unternehmensumfrage zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz

Im jährlichen „Energiewende-Barometer der IHK-Organisation“ sind die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung zusammengefasst, an der sich in den IHK-Gremien ehrenamtlich engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer sowie weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben. Ziel des Energiewende-Barometers ist es, eine umfassende Bewertung der Unternehmen bzgl. der Fortschritte der Energiewende und der aktuellen Klima- und Energiewendepolitik zu erhalten.

Grundlage der Auswertung sind 3.572 eingegangene Antworten. Das ist eine noch höhere Beteiligung als die hohe letztjährige Rückmeldung. Die Antworten verteilen sich hauptsächlich auf die Wirtschaftszweige Industrie (34 Prozent) und Dienstleistungen (46 Prozent), Handel (14 Prozent) und Bauwirtschaft (6 Prozent) sind thematisch etwas weniger betroffen und entsprechend weniger stark vertreten.

In regionaler Hinsicht kommen die Antworten dieses Jahr besonders stark aus dem Westen – zu 45 Prozent, die anderen drei Regionen kommen zu 14 Prozent aus dem Norden Deutschlands, zu 16 Prozent aus dem Osten und zu 24 Prozent aus dem Süden. Dem Norden werden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Befragung fand vom 12. Juni bis zum 2. Juli 2023 statt.

Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) – Berlin 2023

Copyright	Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.
Herausgeber	© Deutsche Industrie- und Handelskammer Berlin Brüssel DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 308 1000 DIHK Brüssel: Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts B-1000 Bruxelles Telefon +32-2-286 1611 Telefax +32-2-286 1605 Internet: www.dihk.de
Redaktion	DIHK – Bereich Energie, Umwelt, Industrie Dr. Ulrike Beland, Dr. Sebastian Bolay
Stand	August 2023
Titelbild	© Getty Images/Wolfgang Weinheupl
Grafik	Friedemann Encke, DIHK

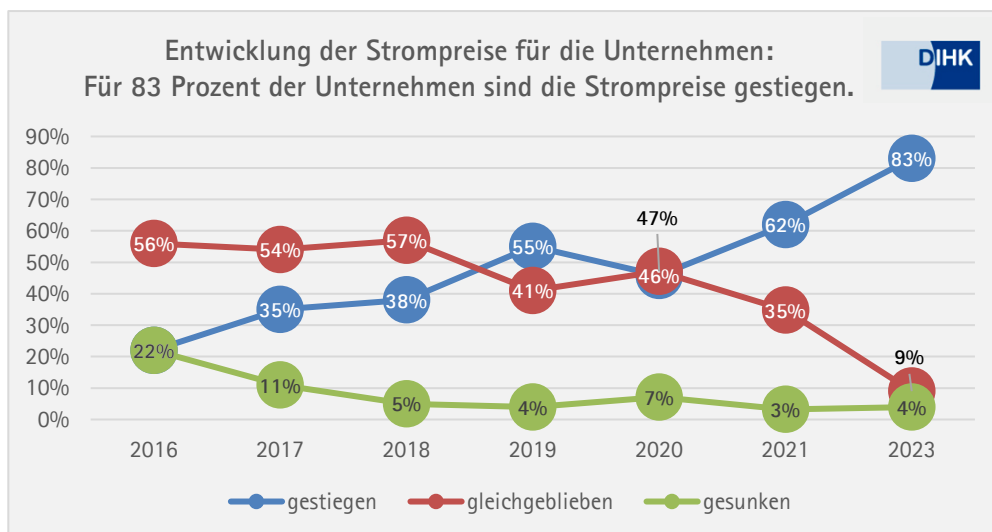
Inhalt

1.	Energiewende-Barometer 2023: Historisch schlechtes Ergebnis	2
2.	Abwanderung als Reaktion auf die Energiepolitik	5
3.	Auswirkungen der Energiepreise auf Investitionen	7
4.	Transformationshemmnisse: Verlässlichkeit der Energiepolitik fehlt	8
5.	Empfehlungen der Wirtschaft an die Bundesregierung	9

1. Energiewende-Barometer 2023: Historisch schlechtes Ergebnis

Das elfte IHK-Energiewende-Barometer findet in einem Umfeld statt, in dem sich die Energiepreise gegenüber dem Herbst und nach einem milden Winter wieder etwas beruhigt haben. Der Krieg in der Ukraine dauert jedoch an und schafft ein wirtschaftliches Umfeld voller Risiken und Unsicherheiten. Derzeit liegen die längerfristigen Preise für Gas und Strom auf einem Mehrfachen des Vorkrisenniveaus, d. h. sie sind, im Vergleich zum langjährigen Mittel, doppelt oder sogar drei Mal höher. In der Perspektive verfestigen sich vor allem die Endkundenpreise für Strom im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau. Daran ändert auch ein zeitweise niedriges Niveau kurzfristiger Marktpreise nichts. Für aktuell 83 Prozent der Unternehmen sind die Strompreise in den vergangenen 12 Monaten gestiegen (Abb. 1).

Abbildung 1: Entwicklung der Strompreise für die Unternehmen



Mit dem Wegfall der Kernenergie, dem Ausstieg aus der Kohleverstromung, neuen teuren Gaskraftwerken und steigenden Netzentgelten wird die Energiefrage längerfristig eine Belastung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Der Aufbau neuer Angebote bei den erneuerbaren Energien und Wasserstoff kommt zu langsam voran.

Die zentrale Frage des IHK-Energiebarometers lautet: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens? Diese Frage beantworteten die rund 3.500 Unternehmen in einer noch nie dagewesenen negativen Einschätzung – über alle Branchen, Betriebsgrößen und Regionen hinweg bewerteten die Unternehmen die Auswirkungen der Energiewende mit minus 27 auf einer Skala von minus 100, „sehr negativ“, bis plus 100, „sehr positiv“ (Abb. 2).

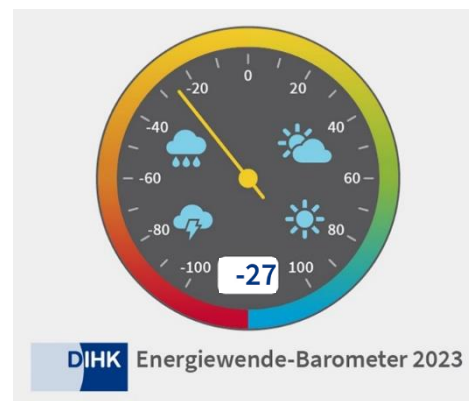
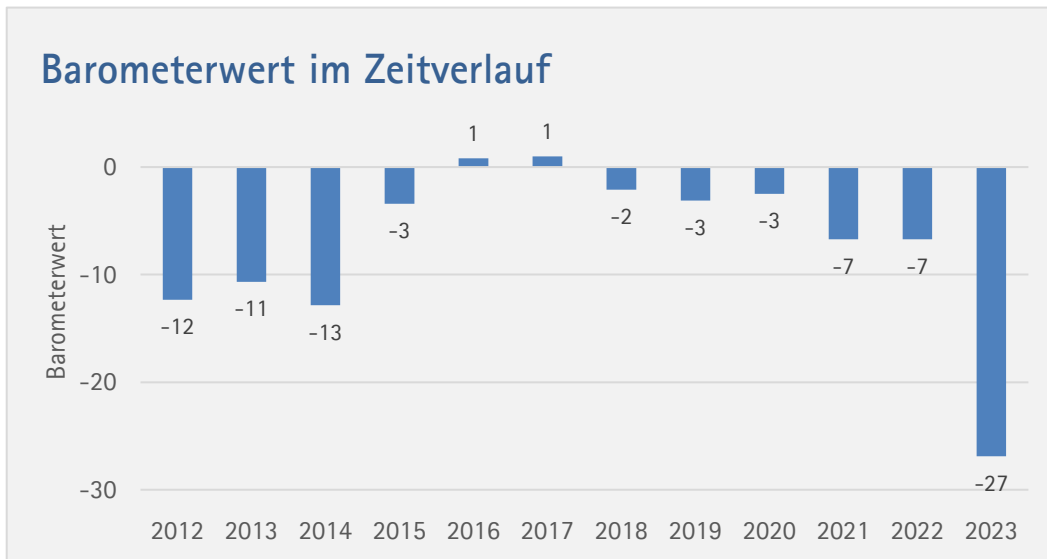


Abbildung 2: Energiewende-Barometer 2023

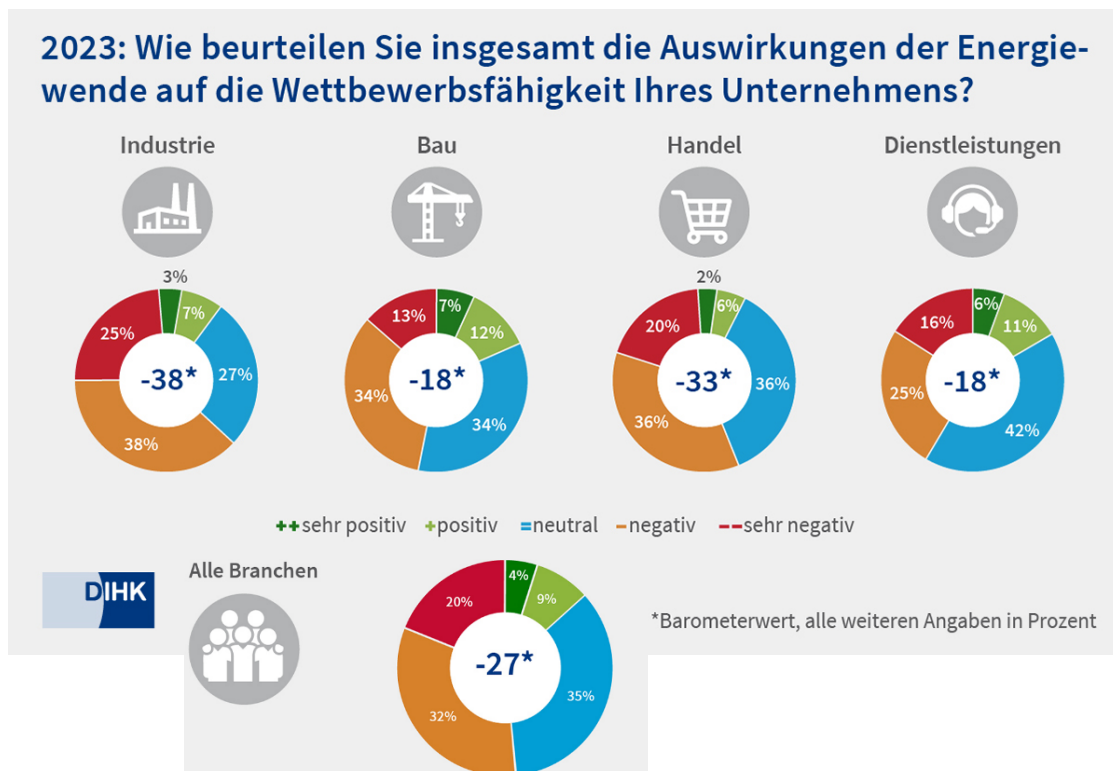
Abbildung 3: Barometerwert im Zeitablauf



Im Vergleich zu allen bisherigen Barometerwerten ist der diesjährige besonders schlecht. Im letzten und vorletzten Jahr lag der Wert noch moderat bei minus 7, davor lag er nie schlechter als minus 13 (Abb. 3).

Im Branchenvergleich bewerten die Industrieunternehmen die Energiewende am kritischsten (Abb. 4). Der Barometerwert liegt in der Industrie dieses Jahr bei minus 38 (Vorjahr: minus 14). In der energieintensiven Industrie liegt er sogar bei minus 55 Punkten. Dies liegt einerseits an deren Betroffenheit von den hohen Energiepreisen in Deutschland. Besonders die Strompreise sind von herausragender Bedeutung für die Industrie, nicht zuletzt sind die betrieblichen Klimaschutzziele nur mit großen Mengen günstigen Grünstroms erreichbar.

Abbildung 4: Energiewende-Barometer im Branchenvergleich

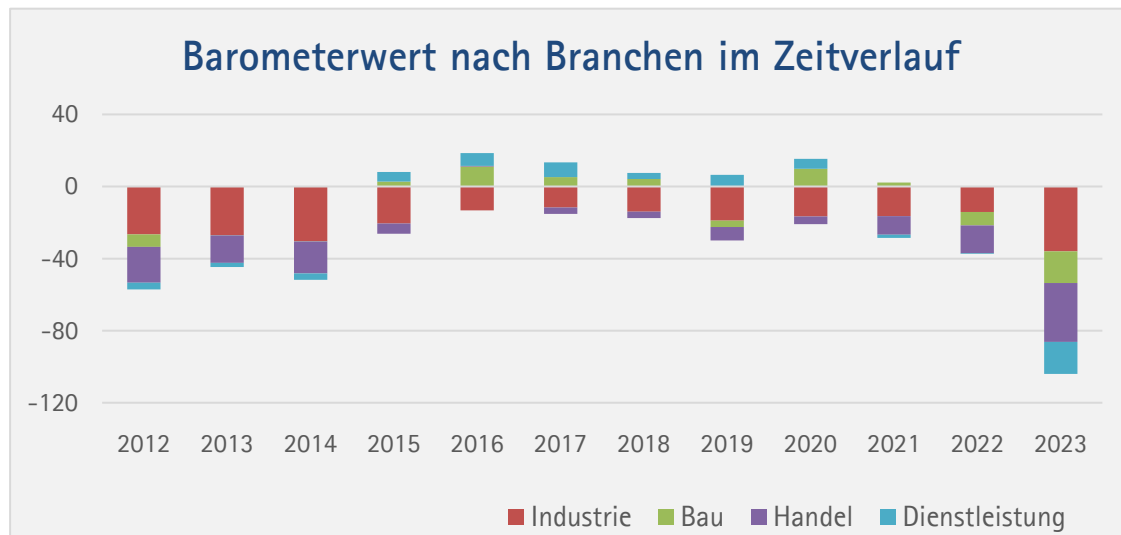


Auch die Handelsunternehmen sind sehr skeptisch, was die Energiewende in Deutschland angeht. Mit minus 33 Punkten ist auch hier ein Negativrekord erreicht, letztes Jahr lag er noch bei minus 15. Handelsunternehmen sind von den meisten Unterstützungsmaßnahmen im Energiebereich ausgeschlossen, weil sie weniger im internationalen Wettbewerb stehen. Teilweise sind die Margen im Einzelhandel niedrig, ein hoher Strompreis wird so für Handelsunternehmen schnell zur Kostenfalle. Die Regulierungsdichte nimmt gerade im Handel zu, die Konsumzurückhaltung aufgrund hoher Energiepreise ist für den Handel deutlich spürbar.

Die Bauindustrie war noch im letzten Jahr ähnlich kritisch gegenüber der Energiewende eingestellt wie der Durchschnitt der Unternehmen. In diesem Jahr fällt die Bewertung der energiepolitischen Entwicklungen deutlich negativer aus. Betrag der Barometerwert 2022 minus 7 nach plus 2 in 2021, sinkt er in diesem Jahr nun auf minus 18. Die Bauwirtschaft ist von den hohen Rohstoffpreisen und vom Fachkräftemangel besonders betroffen. Sie profitiert aber auch von Investitionen in energetische Sanierung.

Ähnliches gilt für die Dienstleistungsbranchen – der Barometerwert zeigt einen Rückgang von Null im Vorjahr auf minus 18. Viele Dienstleister sind einerseits von der Verunsicherung und der Auftragszurückhaltung der Kunden betroffen, andererseits profitieren sie von Aufträgen im Zusammenhang mit der Energiewende und können selbst vergleichsweise einfach auf erneuerbare Energien umstellen.

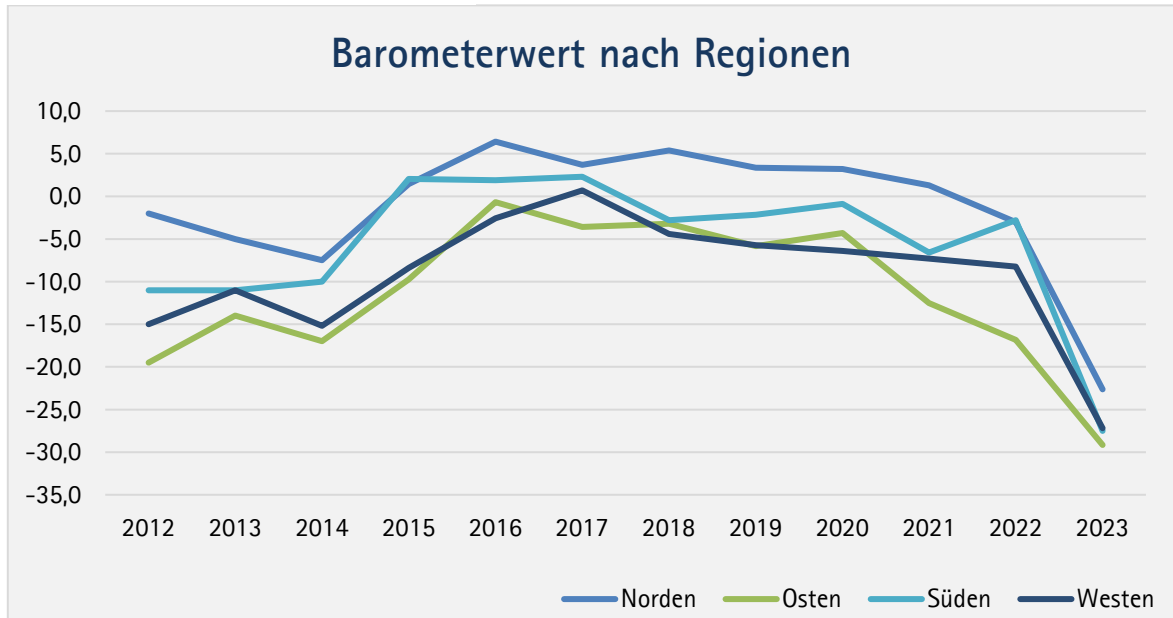
Abbildung 5: Barometerwert nach Branchen



In der zeitlichen Betrachtung sehen wir den starken Negativtrend in allen Branchen (Abb. 5). Die Sorgen um ausreichende und bezahlbare Energieversorgung sind mittlerweile in der Gesamtwirtschaft präsent. Waren die Industrieunternehmen schon immer skeptisch, sind jetzt alle Branchen in der Breite von Unsicherheit und hohen Preisen betroffen. Die Gründe sind nicht allein in der Politik zu suchen, sondern in den realen Rahmenbedingungen der Energieversorgung. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Bedingungen für die Transformation erschwert. Der Politik ist es dabei jedoch nicht gelungen, trotz Preisbremsen und LNG-Terminals die negative Stimmung aufzufangen. Sie hat vielmehr neue Belastungen geschaffen mit auslaufenden Entlastungen, schleppendem Netzausbau oder praxisfernen Vorschriften wie im Gebäudeenergie- oder im Energieeffizienzgesetz.

Im Regionenvergleich (Abb. 6) fällt auf, dass die Bewertungen bezüglich der Energiewende nicht stark variieren. In allen Regionen gibt es gleichermaßen einen Abbruch der Einschätzungen.

Abbildung 6: Barometerwert nach Regionen

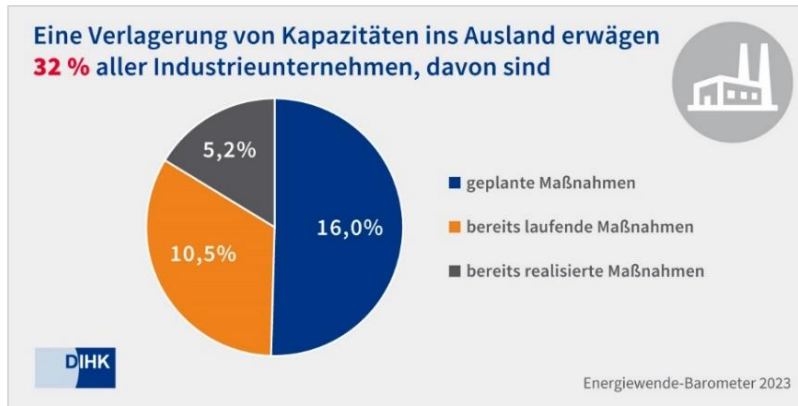


Der Osten bleibt Spitzenreiter bei der Skepsis gegenüber der Energiepolitik, dicht gefolgt vom Süden und Westen. Im Norden gibt es nicht viel positivere Einschätzungen als in den anderen Regionen. Besonders aber im Süden fällt die Bewertung von minus 2,8 auf minus 27,5. Hier kommen Infrastrukturprobleme, Risiken der industriellen Produktion und politische Rahmenbedingungen zusammen.

2. Abwanderung als Reaktion auf die Energiepolitik

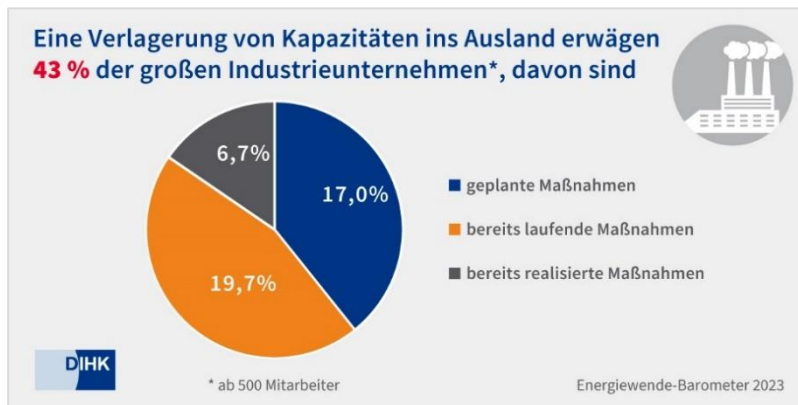
In der Industrie verstärken sich die Abwanderungspläne. Fast ein Drittel der Industriebetriebe (31,7 Prozent) plant oder realisiert die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland bzw. die Einschränkung der Produktion im Inland als Reaktion auf die energiepolitischen Rahmenbedingungen. Dies ist eine Verdopplung gegenüber dem letzten Jahr – damals berichteten 16 Prozent der Industriebetriebe von geplanten oder realisierten Kapazitätsverlagerungen ins Ausland. Wie im letzten Jahr sind gut die Hälfte erst Planungen, der andere Teil dagegen bereits abgeschlossene oder laufende Maßnahmen (Abb. 7). Eine Stärkung des Standorts ist vor dem Hintergrund dieser Zahlen dringend notwendig.

Abbildung 7: Maßnahmen in Reaktion auf die Energiepolitik – Industrieunternehmen



Am stärksten ausgeprägt sind die Abwanderungstendenzen bei den größeren Industrieunternehmen (ab 500 Mitarbeiter). Hier planen oder verlagern bereits 43 Prozent der Unternehmen, die an der Befragung teilgenommen haben. Diese Unternehmen sind häufig eng verflochten mit dem Ausland und stehen in einem besonders ausgeprägten Standortwettbewerb. Hohe Energie- und Rohstoffpreise tragen zu wenig wettbewerbsfähigen Produktionskosten in Deutschland bei. Fast zwei Drittel der Maßnahmen laufen bereits oder sind abgeschlossen – die Verlagerung oder Produktionseinschränkung im Inland ist also in vollem Gange (Abb. 8).

Abbildung 8: Maßnahmen in Reaktion auf die Energiepolitik – Große Industrieunternehmen



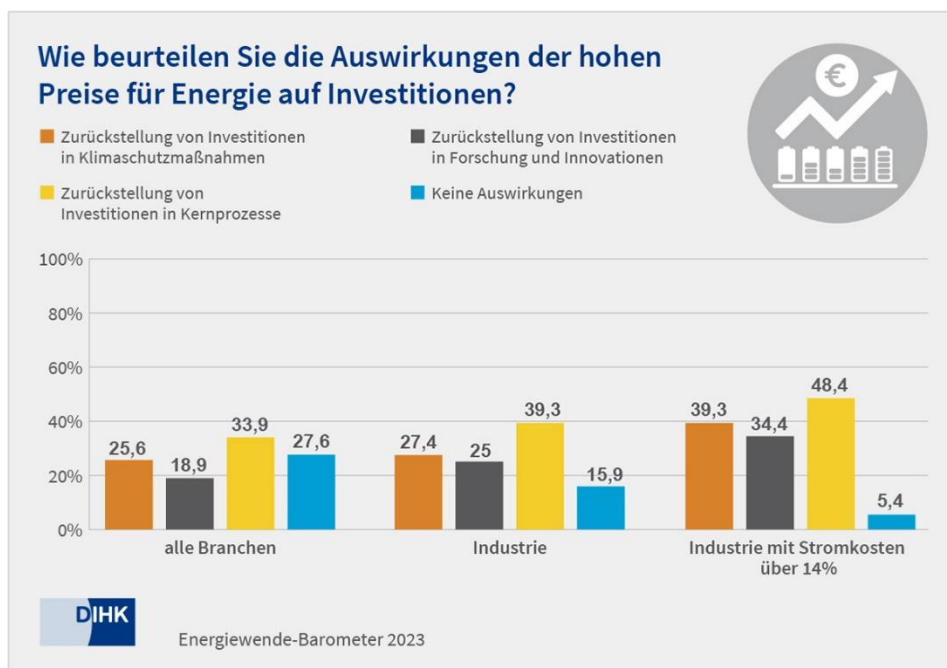
Die sehr konkreten Verlagerungspläne zeigen, dass insbesondere die energiepolitischen und -wirtschaftlichen Standortbedingungen für die Industrie in Deutschland schwierig geworden sind. Die Diskussion um den Industriestrompreis und der geplante massive Ausbau der erneuerbaren Energien sind der Versuch, Entlastung zu schaffen und für niedrigere Strompreise zu sorgen. Aber bisher erreicht es nicht die Breite der Unternehmen oder dauert schlicht zu lange.

3. Auswirkungen der Energiepreise auf Investitionen

Die Auswirkungen der Energiepreise auf die Investitionsfähigkeit nehmen zu (Abb. 9). Alle Investitionsbereiche – Klimaschutz, Forschung und Innovation sowie die betrieblichen Kernprozesse – sind stärker als letztes Jahr von Einschränkungen betroffen. Nur ein Viertel der Unternehmen sieht keine Auswirkungen, der Dienstleistungsbereich sieht sich sogar mit 34 Prozent nicht betroffen.

Die Industrie und hier vor allem die energieintensive Industrie fährt ihre Investitionen besonders stark zurück. Auffällig betroffen von der Zurückhaltung sind Investitionen in Kernprozesse, d. h. zentrale Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen. Sie werden bei einem Drittel aller Unternehmen aufgrund der hohen Energiekosten zurückgefahren. Bei der energieintensiven Industrie schränkt fast die Hälfte der Unternehmen ihre Investitionen in diesem Bereich ein. Das ist das Gegenteil eines Investitionsaufschwungs, der zur Bewältigung der aktuellen Krisen nötig wäre.

Abbildung 9: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Preise für Energie auf Investitionen?



Prekär ist auch die Situation bei den Klimaschutzinvestitionen. Sie sind am zweitstärksten von den hohen Energiekosten betroffen und werden von einem Viertel der Unternehmen in der Gesamtwirtschaft – und gleichermaßen in Nord-, Süd-, Ost- und Westdeutschland – und fast 40 Prozent in der energieintensiven Industrie zurückgefahren.

Zumindest die Investitionen in Forschung und Innovation sind etwas weniger betroffen. Aber auch hier fahren 20 (Gesamtwirtschaft) bis 34 Prozent der Unternehmen (energieintensive Industrie) ihre Investitionen zurück.

4. Transformationshemmnisse: Verlässlichkeit der Energiepolitik fehlt

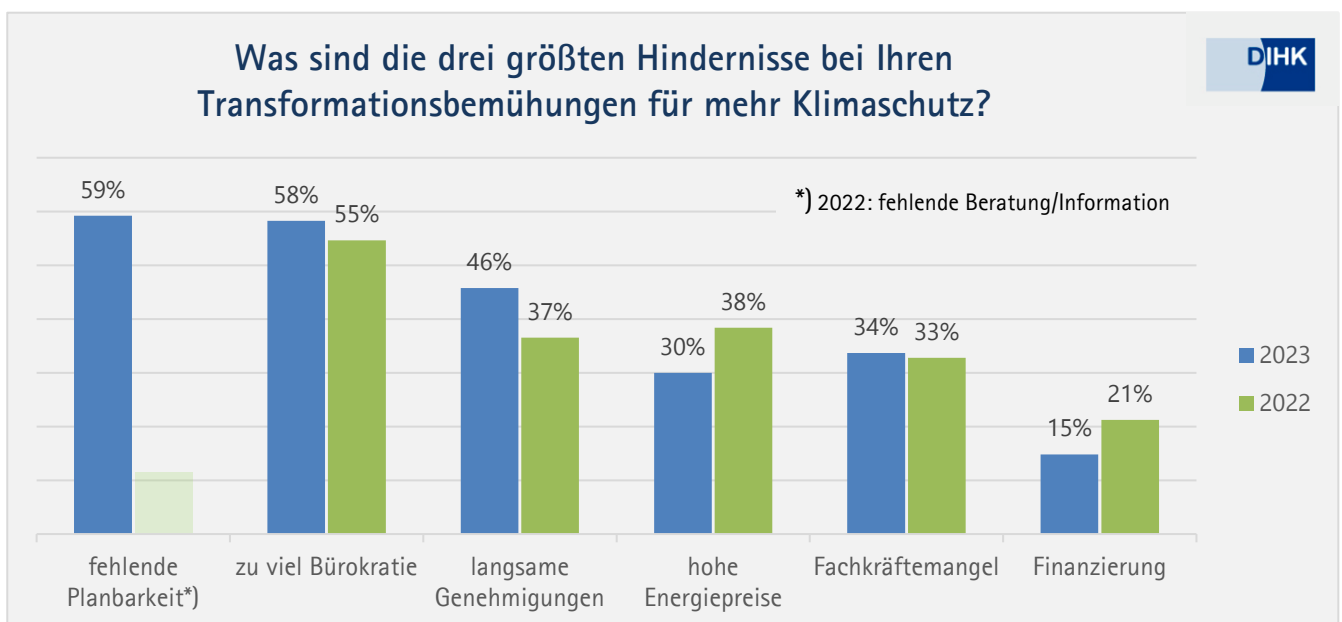
Bei den Transformationshemmnissen zeigt sich dieses Jahr ein deutliches Ergebnis: Fehlende Information bzw. Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik rücken an die erste Stelle der Transformationshemmnisse mit einer Nennung von fast zwei Dritteln der Unternehmen (Abb. 10).¹ Die Vielzahl neuer Vorschriften und Regulierungen und die Hektik der Gesetzgebung des letzten und dieses Jahres spiegeln sich in diesen Antworten wider. Der Problemdruck ist besonders bei den mittelgroßen Unternehmen (250 bis 500 Mitarbeiter) hoch, 67 Prozent sehen dieses Problem; auch die großen Industrieunternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern sind stark betroffen (62 Prozent).

Im Vergleich zum letzten Jahr weiter sehr kritisch eingeschätzt wird die hohe Bürokratie. Die Betroffenheit hat gegenüber dem letzten Jahr noch einmal zugenommen. 58 Prozent der Unternehmen sehen dies als Belastung – in allen Branchen gleichermaßen –, dicht gefolgt von langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren, die besonders dem Baugewerbe zusetzen.

Auch die hohen Energiekosten sind für drei von zehn Unternehmen ein Transformationshindernis, weil sie die Mittel für Investitionen in Klimaschutz beschränken. Wichtiger noch ist der Fachkräftemangel, der für ein Drittel der Unternehmen eine Rolle spielt, mit zunehmender Tendenz. Die Bau- und Dienstleistungsbranche sieht sich hier besonders betroffen.

Schwierige Kapitalbeschaffung ist noch für 15 Prozent der Unternehmen ein Hindernis. Gegenüber dem letzten Jahr zeigt sich hier eine leichte Entspannung.

Abbildung 10: Was sind die drei größten Hindernisse bei Ihren Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz?



¹ Im letzten Jahr bezog sich die Frage nur auf fehlende Beratung bzw. Information, die Zahlen sind also nicht vergleichbar.

5. Empfehlungen der Wirtschaft an die Bundesregierung

Mehr Freiwilligkeit bei Effizienzmaßnahmen auf Platz Eins

Angesichts der herausfordernden Transformation finden bei den Unternehmen insbesondere zwei Themen ungeteilte Zustimmung von über 80 Prozent: Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit sollten die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein und die Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge sollten verbessert werden, um die Energiewende sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten. An dritter Stelle folgt eine große Zustimmung zum weiteren Absenken von Steuern und Abgaben auf den Strompreis (Abb. 11).

Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen als zunehmendes Problem sehen die Unternehmen ebenfalls mit einer hohen Zustimmung. Der Netzausbau bleibt damit eine zentrale Aufgabe der Energiepolitik. Mehr als 63 Prozent der Unternehmen stimmen zu, dass der Zugang zu Wasserstoff als Energieträger für Unternehmen aller Branchen und in allen Regionen planungssicher gewährleistet werden sollte. Neben Wasserstoff, der aus erneuerbarem Strom erzeugt wird, sollte auch CO₂-armer Wasserstoff aus weiteren Herstellungsverfahren am Markt vorhanden sein, fordern 58 Prozent.

Abbildung 11: Zustimmung zu politischen Aussagen

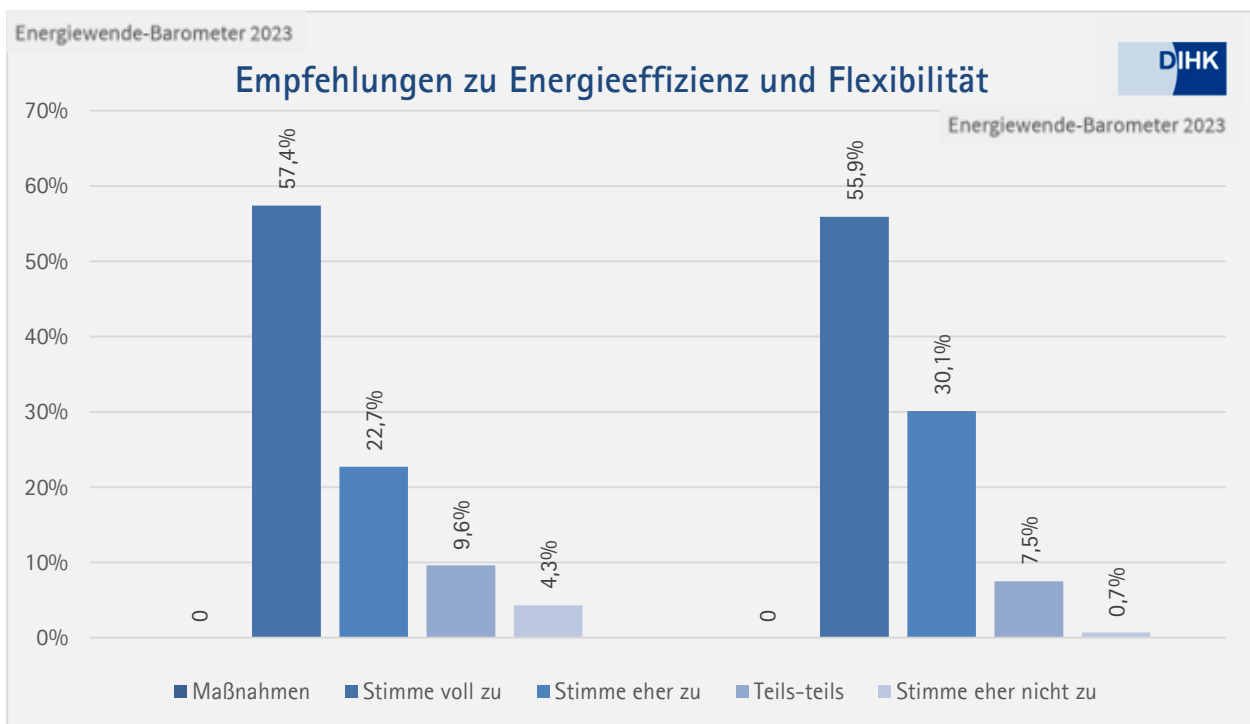


Knappe 50 Prozent der Unternehmen sind der Meinung, dass die einheitliche Strompreiszone in Deutschland erhalten bleiben soll und, dass die Strom- und Gaspreisbremse eine Hilfe zur Dämpfung hoher Energiekosten darstellt. 38 Prozent der Unternehmen fordern einen Ausbau des Emissionshandels.

Im Einzelnen

Mehr als 80 Prozent der Unternehmen stimmen zu, dass Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein sollten (Abb. 12); besonders wichtig ist dies für die Industrie, aber die Zustimmung ist über alle Branchen und Größenklassen von Unternehmen hinweg groß. Ebenfalls eine große Mehrheit fordert eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge.

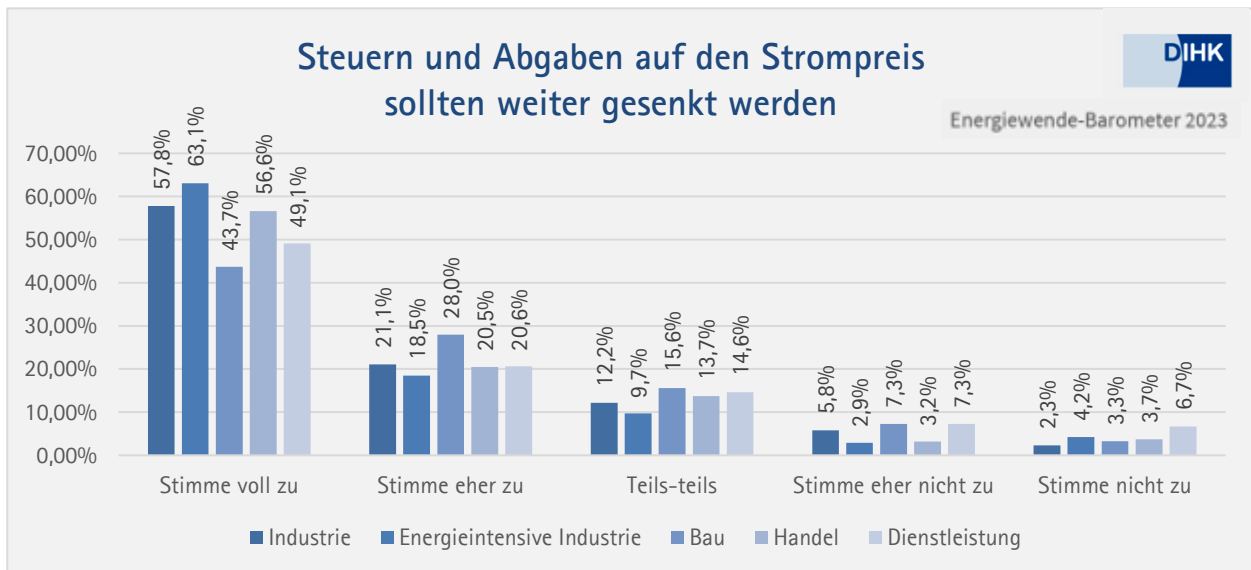
Abbildung 12: Empfehlungen zu Energieeffizienz und Flexibilität ²



Verbesserungen bei Eigenversorgung und Direktlieferverträgen sehen die Unternehmen im Süden und in der Industrie mit fast 90 Prozent Zustimmung als besonders wichtig an.

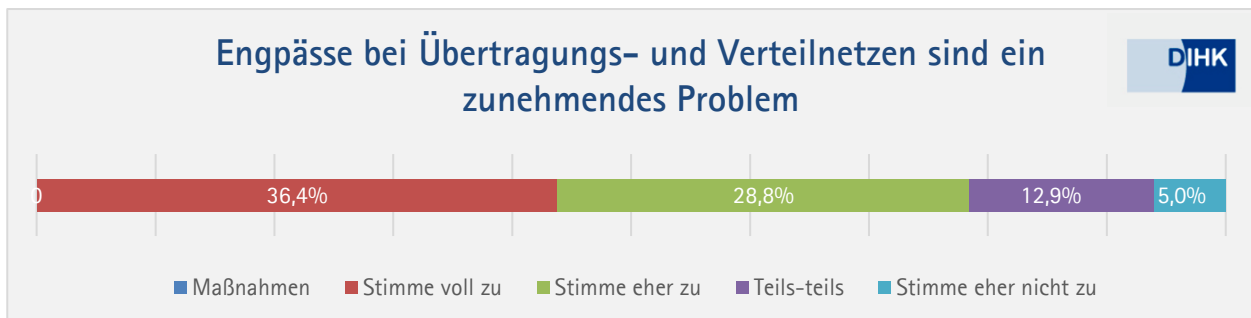
² Hinweis: Unternehmen konnten als weitere Antwortmöglichkeit „Keine Einschätzung“ angeben, diese wird jedoch in den Abbildungen aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht dargestellt.

Abbildung 13: Maßnahme: Steuern und Abgaben auf den Strompreis sollten weiter gesenkt werden



Branchenübergreifend empfehlen Unternehmen, Steuern und Abgaben auf den Strompreis weiter zu senken. Angesichts der großen Betroffenheit durch hohe Strompreise erhofft sich insbesondere die energieintensive Industrie (81,6 Prozent Zustimmung) durch solche Maßnahmen Entlastung (Abb. 13).

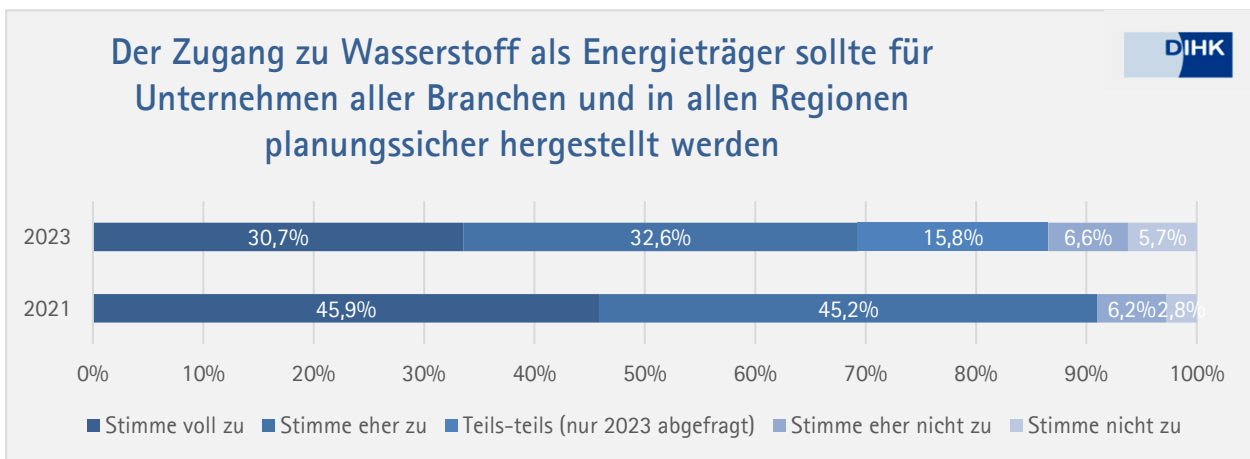
Abbildung 14: Maßnahme: Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen sind ein zunehmendes Problem



Zwei von drei Unternehmen (65 Prozent) verweisen darauf, dass das Problem von Engpässen in Übertragungs- und Verteilnetzen zunimmt (Abb. 14). Nur 2,4 Prozent der Unternehmen stimmen dieser Annahme nicht zu. Dies bestätigt die Dringlichkeit des Netzausbaus als zentrale Voraussetzung erfolgreicher Transformation vor allem im Süden der Republik, wo die Betroffenheit mit 67 Prozent besonders hoch, im Osten mit 61 Prozent etwas weniger stark ausgeprägt ist.

Bereits im Jahr 2021 forderten die Unternehmen die Politik auf, in Sachen Wasserstoff voranzugehen und den Zugang zu Wasserstoff als Energieträger in allen Regionen und allen Branchen anzubieten. Eine Forderung, die auch im Jahr 2023 Bestand hat (Abb. 15). Im Regionenvergleich ist die Forderung in der stromintensiven Wirtschaft und im Westen überdurchschnittlich (40 und 34 Prozent ungeteilte Zustimmung) und im Bau und Osten unterdurchschnittlich (jeweils 25 Prozent ungeteilte Zustimmung). Auch in den weniger betroffenen Bereichen halten aber deutlich über 50 Prozent der Unternehmen eine flächendeckende Wasserstoffversorgung für wichtig.

Abbildung 15: Zugang zu Wasserstoff



Gleiches gilt für die Diskussion um die sogenannte Farbenlehre: Die Mehrheit der Unternehmen spricht sich dafür aus, dass auch CO₂-armer Wasserstoff aus anderen als erneuerbaren Energiequellen am Markt vorhanden sein sollte (Abb. 16), die energieintensiven Unternehmen halten diese Forderung mit über 30 Prozent ungeteilter Zustimmung für besonders wichtig – ein Hinweis auf dringend benötigte Fortschritte in dieser Debatte.

Abbildung 16: Wasserstoff aus weiteren Herstellungsverfahren

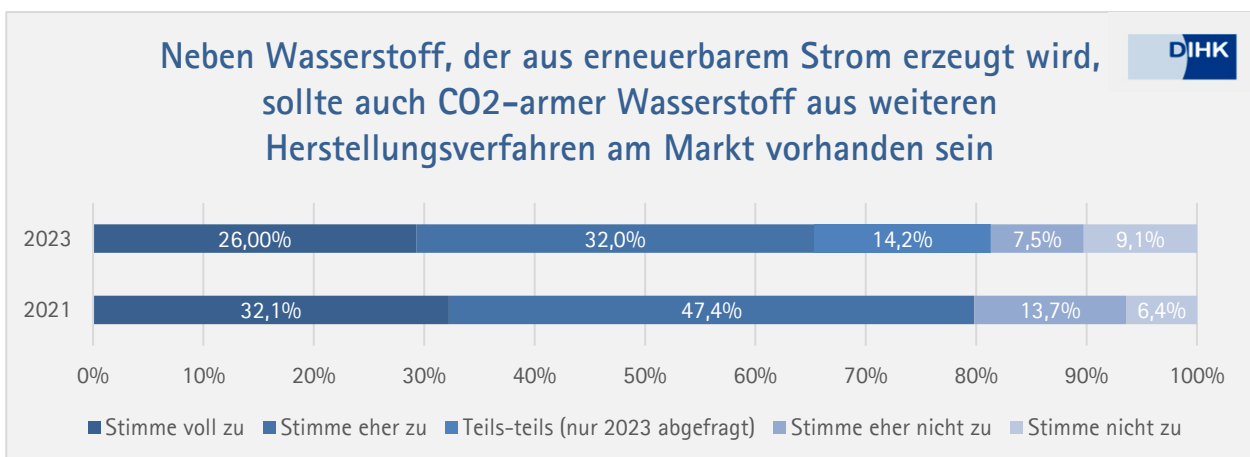
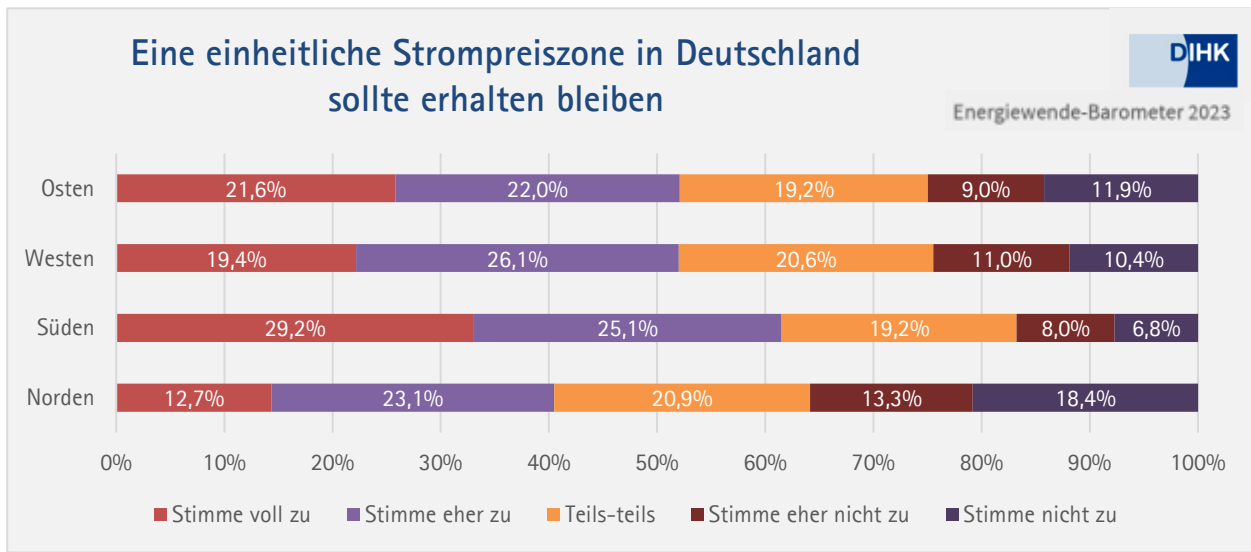
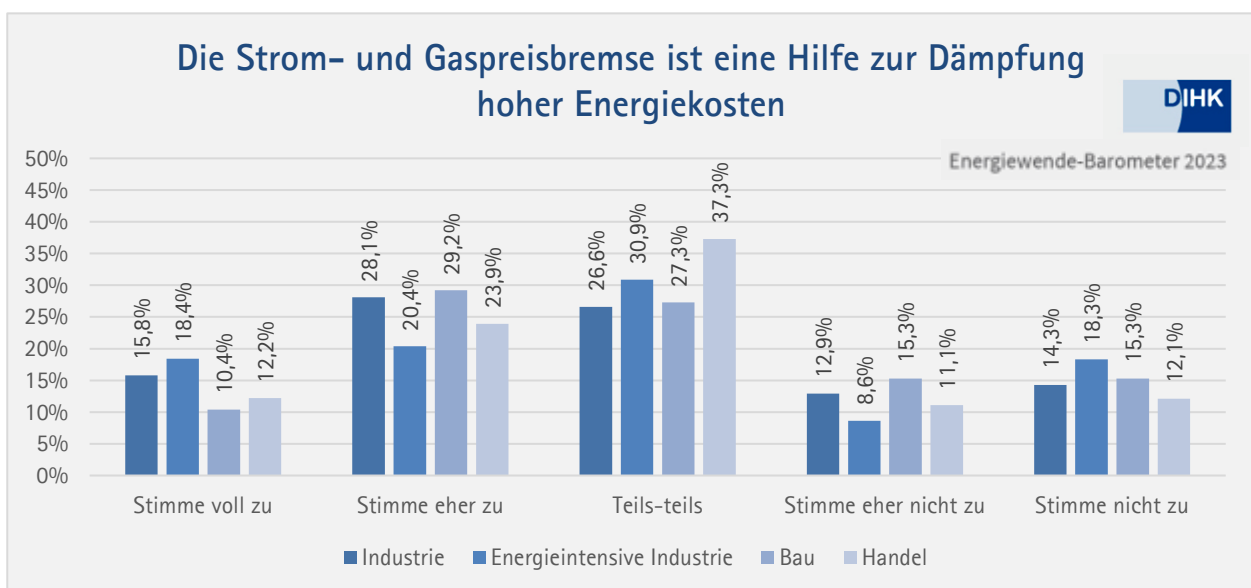


Abbildung 17: Einheitliche Strompreiszone



Vor dem Hintergrund der Diskussion um neue Strompreiszonen in Deutschland fordern insbesondere die Unternehmen aus dem Süden Deutschlands die Erhaltung einer einheitlichen Strompreiszone (54,3 Prozent). Im Norden Deutschlands sprechen sich 31,7 Prozent der Unternehmen für unterschiedliche Strompreiszonen aus, dennoch fordern auch 35,8 Prozent der norddeutschen Unternehmen den Erhalt einer einheitlichen Zone (Abb. 17).

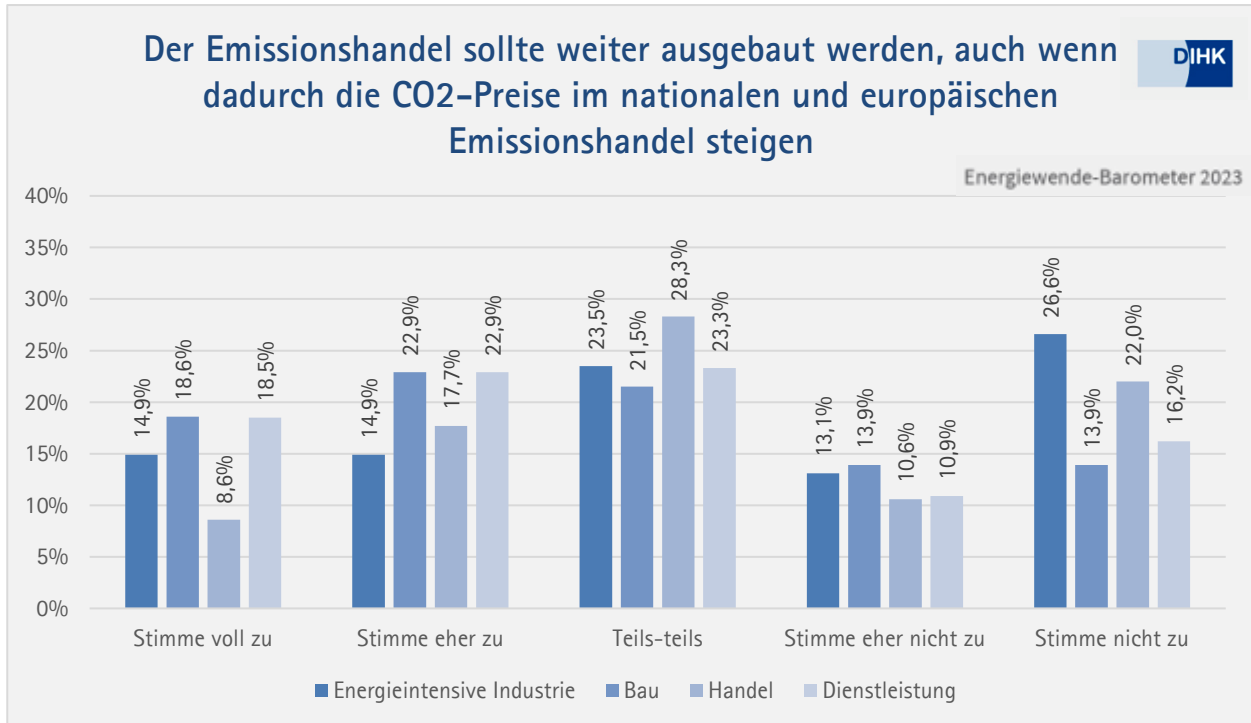
Abbildung 18: Strom- und Gaspreisbremse



Seit Januar 2023 ist die Strom- und Gaspreisbremse in Kraft. Insgesamt ist die Zustimmung auffällig gering, dass die Energiereisbremsen zur Dämpfung der Energiekosten beitragen. Ungeteilte Zustimmung findet das Instrument nur bei einem Fünftel bis einem Viertel der Unternehmen – ähnlich viele Unternehmen sehen in den Preisbremsen gar keine Hilfe. Das Mittelfeld derjenigen mit geringer Zustimmung ist am stärksten ausgeprägt (Abb. 18). Eine hohe Zustimmung findet sich vor allem in zwei Gruppen: Bei den Industrieunternehmen unter 500 Mitarbeitern und bei den Unternehmen mit einem hohen Energiekostenanteil. Aber auch hier werden ungeteilte Zustimmungsquoten

nur von 18 (mittelgroße Industrie) bzw. 21 Prozent (Stromkostenanteil über 14 Prozent) erreicht. Bei den stromkostenintensiven Unternehmen ist gleichzeitig die fehlende Zustimmung mit 21 Prozent besonders ausgeprägt. Ein Grund dafür liegt sicherlich in den komplexen Voraussetzungen der Inanspruchnahme. Eine Rolle spielen könnte auch, dass viele Unternehmen erst Mitte des Jahres spürbare Entlastungszahlungen erhalten haben.

Abbildung 19: Emissionshandel



Geteilte Zustimmung erhielt bei den politischen Forderungen der weitere Ausbau des Emissionshandels. 38,1 Prozent der Unternehmen sprachen sich insgesamt ganz oder teilweise für einen Ausbau aus, wobei sich insbesondere Unternehmen aus der Bauindustrie und aus dem Dienstleistungsbereich dieser Forderung anschlossen. Handelsunternehmen und energieintensive Unternehmen stimmten der Forderung eher nicht bzw. nicht zu (Abb. 19).